

bekommt das Land allein im Jahr 2015 für die 14 außeruniversitären Forschungsinstitute den Aufwuchs von 5 % ersetzt, der jetzt vom Bund allein getragen wird. Das sind weitere 5,8 Millionen €, die dann jedes Jahr aufwachsen, weil es immer 5 % vom gesamten aufgewachsenen Anteil sind. Das heißt, das Land bekommt Mittel in Höhe von 34 Millionen € mehr im Wissenschaftsbereich.

Wenn man dem gegenüberstellt, dass sich die Landesregierung mit den Hochschulrektoren in Bernburg darauf geeinigt hat, dass man 24 Millionen € im Wissenschaftshaushalt, in den Haushalten der Hochschulen, kürzen müsse und wir eben noch einmal von Herrn Lange gehört haben, dass die Defizite der Hochschulen bei etwa 12 bis 14 Millionen € liegen, dann, denke ich, sehen wir zweierlei:

Erstens. Wir haben jetzt ein starkes Signal von der Koalition in Berlin, das uns sagt, dass wir hier im Land mit der auch heute Morgen weiter fortgeführten realitätsblinden Kürzungsdebatte im Hochschulbereich aufhören und endlich anfangen können, über Qualität und Profilierung unserer Hochschulen ohne diesen Kürzungsdruck zu sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Tat, Herr Finanzminister Bullerjahn, Bildung ist nicht nur Hochschule, aber wir bekommen 34 Millionen € als Ersatz von Mitteln, die im Wissenschaftshaushalt stehen. Diesbezüglich ist die Position meiner Fraktion in der Tat noch etwas strikter als die Position, die in diesem Antrag zum Ausdruck kommt. Ich denke, wenn wir Mittel in Höhe von 34 Millionen € bekommen, dann tun wir gut daran, Mittel in Höhe von 28,2 Millionen € tatsächlich im Wissenschaftshaushalt zu belassen und die Zeit zu nutzen, um unsere Hochschulen ohne Spardruck nach vorn zu bringen sowie Qualität und Profile zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen sagen wir: Die BAföG-Mittel müssen vollständig in den Hochschulhaushalt fließen. Wir bekommen ja viel mehr Mittel, aber es geht jetzt nur um diese BAföG-Mittel

Wenn wir hier heute Morgen noch einmal hören, also nicht nur aus der Zeitung erfahren, sondern auch von Ihnen persönlich vernehmen, dass Sie mit diesen Mitteln Lehrer einstellen wollen, dann ist das Haushaltskonsolidierung durch die kalte Küche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies ist eine Pflichtaufgabe des Landes. Wir müssen mit Mitteln aus dem Kernhaushalt Personal für die Schulen in unserem Land bereitstellen. Wenn Sie sich dann hier mit 350 Lehrern und Lehrerinnen, die Sie einstellen wollen, schmücken,

während 600 bis 700 Lehrer bei leicht steigenden Schülerzahlen unsere Schulen verlassen, ist das ein Treppenwitz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Regierung von Ministerpräsident Haseloff und den Wissenschaftsminister Möllring auf: Hören Sie auf mit der Kürzung von Studienplätzen entgegen dem erklärten Willen des Landtages. Fangen Sie endlich an, das Landesinteresse zu definieren. Hören Sie auf, die Hochschulbudgets zu kürzen, ohne einen Plan zu haben. Bringen Sie lieber die Hochschulen in eine Situation, dass sie ohne strukturelles Defizit vernünftig arbeiten können.

Statt bei den Großgerätemitteln zu kürzen, sollten Sie endlich den Investitionsstau an unseren Hochschulen abbauen. Statt bei der Graduiertenförderung zu kürzen, sollten Sie sie ausbauen und auf ein vernünftiges Maß anheben. Denn die Graduiertenförderung ist der Nukleus der freien Forschung an unseren Universitäten, mit den besten Köpfen, die unsere Universitäten haben.

Deswegen sagen wir ganz klar: Die Mittel in Höhe von 28,2 Millionen €, die vom Bund für den Landesanteil am BAföG kommen, sind ein starkes Signal für einen Neustart in der Hochschulstrukturdiskussion. Das muss unser aller Interesse sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Kollegin Dalbert. - Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Dr. Pähle.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Entweder haben die vielen Anträge zur Hochschule sowohl die Landesregierung als auch die Parlamentarier davon überzeugt, wie wichtig Hochschule ist, oder sie haben sie ein bisschen gepiesackt - jedenfalls ist die Landesregierung auf ihrer Klausurtagung zu dem Entschluss gekommen, die Mittel, die aus der BAföG-Reform frei werden, in Bildung zu investieren. Ich halte diese Entscheidung für richtig.

Bildung ist mehr als Hochschule. Bildung ist mehr als Schule. Einen Ausgleich zwischen den Einzelplänen 06 und 07 hinzubekommen, halte ich für eine kluge und zukunftsfähige Entscheidung.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD, von Herrn Felke, SPD, und von Herrn Schröder, CDU)

Die Landesregierung war schnell; denn erst am 27. Mai 2014 ist vom Bund verkündet worden,

dass das BAföG nunmehr allein vom Bund getragen wird. Für die Schnelligkeit und den guten Vorschlag ein Dank an die Landesregierung.

Wir sind jetzt seit vielen, vielen Monaten in der Lage, nicht nur darüber zu diskutieren, wo wir Geld wegnehmen, sondern auch darüber, wohin wir Geld geben. Ich glaube, ehrlich gesagt, das ist in diesem Hohen Hause die erste Diskussion, die wir unter diesem Aspekt führen können. Diese positive Formulierung ist notwendig. Unsere Hochschulen brauchen positive Nachrichten.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Aber: Unsere Hochschulen müssen auch wissen, dass sie den begonnenen Strukturierungsprozess und die Strukturdebatte fortsetzen müssen. Wir müssen neue Wege denken, wir müssen Neues in Bewegung setzen, wenn wir unsere Hochschulen zukunftsfähig ausgestalten wollen. Ich bin davon überzeugt, dass der Bund diesbezüglich weiterhin Regelungen für uns mit treffen wird.

Der gestern veröffentlichte Gesetzentwurf des BMBF zur Neuregelung des Artikels 91b des Grundgesetzes zur Aufhebung des Kooperationsverbotes lässt hier auf Positives hoffen. An dieser Stelle kann man - auch wenn Eigenlob immer schwierig ist - schon sagen: Mit der Regierungsbeteiligung der SPD im Bund ist an vielen Stellen ein Knoten durchschlagen worden. Darüber freue ich mich ganz besonders auch als Sozialdemokratin.

Wie gehen wir jetzt mit den Mitteln um, die im Hochschulbereich zur Verfügung stehen? - Ich glaube, wenn wir in diesem Hohen Hause die Autonomie der Hochschulen immer so hoch ansetzen und sagen, Entscheidungen müssen mit den Hochschulen zusammen getroffen werden, dann ist es auch wichtig, bei der Verteilung der Mittel die Hochschulen einzubeziehen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass es hierbei darum geht, mit ihnen darüber zu diskutieren, an welchen Stellen das Geld wirklich zukunftsweisend eingesetzt wird.

Das mag die Fortsetzung des Graduiertenprogramms sein; davon bin ich überzeugt. Es mag aber an verschiedenen Stellen auch die besondere Stärkung von Profilschwerpunkten sein. Es mag an verschiedenen Stellen auch eine grundsätzliche Unterstützung des Strukturierungsprozesses sein.

All dies muss und soll diskutiert werden. Dafür sind der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Ausschuss für Finanzen auch im Rahmen der Haushaltsdebatte die richtigen Orte. Das werden wir auch tun.

Als letzter Punkt noch eine Anmerkung zum Strukturprozess. Niemand an den Hochschulen verweigert sich diesem Strukturprozess. Niemand an den

Hochschulen verschränkt in den Senatssitzungen die Arme und sagt, es muss alles bleiben, wie es ist.

Veränderungen an den Hochschulen werden nur mit ihnen gemeinsam durchzuführen sein, sowohl bei der Verteilung von mehr Mitteln, aber auch bei der Verteilung von weniger Mitteln. Das heißt, ein Durchregieren kann und darf es in diesem Bereich meines Erachtens nicht geben.

Nur in Zusammenarbeit mit unseren Universitäten und Fachhochschulen, die an vielen Stellen schon jetzt Vorschläge haben, die aber vielleicht ein bisschen mehr Zeit brauchen, weil sie das Schrittempo, das wir ihnen vorgegeben haben, an der einen oder anderen Stelle nicht einhalten können, wird es gehen. Die Hochschulen sind damit schon weit vorangeschritten und darin wollen wir sie unterstützen. Ich glaube, mit Blick auf die Zukunftsorientierung ist das Geld vom Bund hier sehr gut angelegt. Ich freue mich auf die inhaltliche Diskussion in den beiden Ausschüssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Kollegin Dr. Pähle. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Abgeordneten Gallert. Möchten Sie diese beantworten?

Frau Dr. Pähle (SPD):

Ja, ich werde es versuchen.

Präsident Herr Gürth:

Herr Gallert, bitte.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Frau Pähle, ich möchte Ihnen eine Frage stellen zu dem Thema, das hier aufgerufen worden ist und das strittig ist. Wenn ich es richtig verstanden habe, sagt der Kollege Finanzminister: Geld für Bildung auszugeben heißt für mich auch, die Lehrstellen zu finanzieren, die bereits vor der BAföG-Reform von der Landesregierung beschlossen worden sind, also die Aufstockung auf 370 Neueinstellungen. Die Finanzierung dieser Neueinstellungen mit diesem Geld ist für ihn sozusagen das, was man an Geld für die Bildung aus den freiwerdenden BAföG-Mitteln ausgeben kann. Mich interessiert: Wie ist denn die Position Ihrer Fraktion zu diesem Argument?

Frau Dr. Pähle (SPD):

Darauf muss ich Ihnen ganz ehrlich antworten, Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Das hoffe ich.